

Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen – Bildung braucht Demokratie



Berlin, 28. August 2024 – Im September 2024 werden in Brandenburg, Sachsen und Thüringen neue Landtage gewählt. Die Landesverbände der Kita- und Schulfördervereine aus Berlin-Brandenburg (lsfb), Sachsen (SLSFV) und Thüringen (TLSFV), die Stiftung Bildung und der Bundesverband der Kita- und Schulfördervereine e.V. (BSFV) rufen gemeinsam zur Wahl für demokratische Grundwerte auf: für die Stärkung von Bildung, Toleranz und Vielfalt in unserer Gesellschaft; für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, damit auch junge Menschen unser aller Zukunft aktiv mitgestalten können.

Die Bundesregierung hat bereits vieles auf den Weg gebracht, was wir als Bildungsengagierte begrüßen: das Startchancen-Programm, die Stärkung des Bildungseengagements, des BAföGs und der beruflichen Ausbildung. Eine freiheitliche und demokratische Grundordnung ist die gesellschaftliche Voraussetzung dafür, dass Kinder und Jugendliche, Eltern/Erziehungsberechtigte, pädagogische Fachkräfte, ehren- und hauptamtlich Engagierte gemeinsam am jeweiligen Bildungsstandort demokratisch und lösungsorientiert zusammenarbeiten und wirken können. Mehr denn je braucht es jede*n einzelne*n Bürger*in, um gute und chancengerechte Bildung und eine Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements in der Bildung auf allen Ebenen sicherzustellen, einschließlich der damit verbundenen Bildungsinvestitionen.

Als unabhängige und überparteiliche zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für Bildung engagieren, setzen wir uns dafür ein, dass Kitas und Schulen als Lernorte für ein demokratisches Miteinander gestärkt werden und unsere Gesellschaft langfristig chancengerechter, vielfältiger und inklusiver wird. Kita- und Schulfördervereine sind dafür bereits heute eine wichtige Stütze, um aktuellen Herausforderungen gemeinsam zu begegnen sowie intelligente und innovative Lösungsansätze zu finden und umzusetzen.

Die Wahl von Parteien, die unsere freiheitliche, demokratische Grundordnung, die Werte von Vielfalt und Partizipation aller gesellschaftlicher Gruppen einschränken wollen, würde auch die Einschränkung der Handlungsspielräume für das zivilgesellschaftliche Bildungsengagement bedeuten. Als Organisationen der Zivilgesellschaft im Bildungsbereich sprechen wir uns gemeinsam dafür aus, die individuelle Wahlentscheidung dafür zu nutzen, die freiheitliche, demokratische Grundordnung auch zukünftig zu wahren: Bildung braucht Demokratie.

Wir stehen für Rückfragen und Interviews gern zur Verfügung.

Pressekontakt Stiftung Bildung:

Violetta Riedel und Jule Neumann

presse@stiftungbildung.org,

Telefon: 030 8096 2701

Wir freuen uns über Ihre Berichterstattung.